



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## A u s z u g

### aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:

zu 6.1     **Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD  
zur Instandsetzung von Fuß- und Radwegen  
Vorlage: VI/2018/03722**

---

**Abstimmungsergebnis:                   abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, dass künftig im Rahmen der Instandsetzung von Gemeindestraßen im Stadtgebiet von den jährlich zur Verfügung stehenden Finanzmitteln für Reparaturen an Straßen, Wegen und Plätzen **30% mindestens 25% für Fußverkehrsanlagen und 20% mindestens 15% für Radverkehrsanlagen und mindestens 40% für Anlagen des motorisierten Individualverkehrs** eingesetzt werden.

**Im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wird einmal jährlich für das vergangene Haushaltsjahr im Rahmen einer Informationsvorlage über die realisierten wesentlichen Instandhaltungsmaßnahmen berichtet.**

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



## A u s z u g

### aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:

zu 6.2     **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Pestizidverzicht auf verpachteten Flächen der Stadt**  
Vorlage: VI/2018/03731

---

**Abstimmungsergebnis:                    abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

Beim Abschluss neuer Pachtverträge für landwirtschaftliche und andere Flächen der Stadt und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Vertragsklausel eingefügt, mit der sich der Pächter grundsätzlich zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.

- ~~1. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für landwirtschaftlichen Flächen der Stadt wird eine Vertragsklausel eingefügt, mit der sich Pächter\*innen verpflichten, nur bei erwiesenem Bedarf die im ökologischen Landbau zugelassenen Pestizide (entsprechend EG ÖKO Basisverordnung 834/2007 und der Durchführungsbestimmung der EG Verordnung 889/2008) einzusetzen. Bei der Verlängerung bestehender Pachtverträge ist mit den Pächtern ein Plan zu erarbeiten, wie schrittweise die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden auf den für neue Pachtverträge festgelegten Standard erfolgen kann.~~
2. Beim Abschluss neuer Pachtverträge und bei der Verlängerung von Pachtverträgen für andere *nicht landwirtschaftlich genutzte* Flächen der Stadt (z.B. Kleingartenanlagen, Garagenanlagen, Sportanlagen, etc.) wird eine Vertragsklausel eingefügt, mit der sich Pächter\*innen zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden auf diesen Flächen verpflichten.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

**aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.3     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am  
Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten  
Vorlage: VI/2015/01188**

---

**Abstimmungsergebnis:                     vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt, dass nach dem Umzug des HFC-Nachwuchsleistungszentrums in den Stadtteil Silberhöhe, die Flächen am Sandanger für den Freizeitsport als frei zugängliche Bolzplätze genutzt werden.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.4     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Projekten  
Sandangerbrücke und Slipanlage Elisabethsaale  
Vorlage: VI/2018/03964**

---

**Abstimmungsergebnis:                     abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei den weiteren Planungen der Projekte Fußgänger- und Radfahrerbrücke Sandanger sowie Slipanlage Elisabethsaale nebst Wegeanbindung folgende Änderungen im Hinblick auf die im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 13.02.2018 vorgestellten Vorhaben (vgl. Anlage 1) zu berücksichtigen:

1. Die Lage der Sandangerbrücke wird in Richtung Süden verschoben, um so einen Großteil der vorhandenen Vegetation im Bereich der Wilden Saale zu schützen.
2. Die vorgesehene Slipanlage wird im Bereich der Elisabethbrücke realisiert. Die Erschließung erfolgt über die bereits bestehende Zufahrt zu den Tennisplätzen und zum Vereinsgelände des Landesanglervverbandes in der Mansfelder Straße.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.5     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und  
Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der  
Halle-Saale-Schleife  
Vorlage: VI/2018/03885**

---

**Abstimmungsergebnis:                     vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im 2. Quartal 2018 ein noch 2018 umzusetzendes Konzept nebst Finanzierung hinsichtlich Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die 253 im Bereich der Halle-Saale-Schleife im Rahmen von vorbereitenden Maßnahmen für die Errichtung einer Hochwasserschutzanlage im Juli 2013 gefällten Bäume zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.6     Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der  
Fassade des Stadthauses  
Vorlage: VI/2018/03881**

---

**Abstimmungsergebnis:                     vertagt**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenhang mit der vorgesehenen Sanierung der Fassade des denkmalgeschützten Stadthauses einen Wettbewerb zu realisieren, der eine innovative Gestaltungslösung mit Figuren im Bereich der Balkonfenster des Festsaaes zum Ziel hat. Wettbewerb und Umsetzung sind mit städtischen Mitteln aus dem Budget für Kunst-am-Bau Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.7     Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE  
zur Ausgestaltung des Halle-Passes A  
Vorlage: VI/2018/03855**

---

**Abstimmungsergebnis:                     abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu überarbeiten. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Bezüglich der Überarbeitung werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:
  - a. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen Vertreter\*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.
  - b. Inhaber\*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der individuell nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu entwickeln.
  - c. Für Inhaber\*innen des Halle-Passes A ist die Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums kostenfrei. Die Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.



Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.

Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, bieten Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A an. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.

- d. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
  - e. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger, welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
3. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.
  4. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## A u s z u g

### aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:

zu 6.7.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung  
des Halle-Passes A VI/2018/03855  
Vorlage: VI/2018/03909**

---

**Abstimmungsergebnis:                      abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu ~~überarbeiten~~ **überprüfen**. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 zur ~~Beschlussfassung~~ vorgelegt.
2. Bezüglich der ~~Überarbeitung~~ **Prüfung** werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:
  - a. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen Vertreter\*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.
  - b. Inhaber\*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der ~~individuell~~ **zweckgebunden mit dem Besuch der jeweiligen Einrichtung** nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu ~~entwickeln~~ **prüfen**.
  - c. Für Inhaber\*innen des Halle-Passes A ist die ~~die~~ **eine kostenfreie** Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums ~~kostenfrei~~ **zu prüfen**. Die ~~Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.~~

Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des



Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.

**Es wird außerdem geprüft ob** Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, ~~bieten~~ Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A **anbieten können**. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.

- d. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
  - e. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger (**beispielsweise nach Einkommen in Höhe des jeweils aktuellen Mindestlohnes**), welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
3. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen. ~~und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.~~
  4. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

**aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.7.2 Änderungsantrag des Stadtrates Markus Klätte zum Antrag der  
Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur  
Ausgestaltung des Halle-Passes A (Vorlage-Nr. VI/2018/03855)  
Vorlage: VI/2018/04038**

---

**Abstimmungsergebnis:                      abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

Ich beantrage, den Punkt 2. a. der o.g. Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen:

Antragsrecht für Menschen außerhalb dieser Maßnahmen deren Teilhabe gefährdet ist.  
Dafür wird eine geeignete Einkommensschwelle festgelegt.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## A u s z u g

### aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:

zu 6.8     **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung der  
Schulgartenarbeit  
Vorlage: VI/2018/03809**

---

**Abstimmungsergebnis:                   abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung bekennen sich zu derzeit bestehenden Kooperationen mit Verbänden und Vereinen für die Schulgartenarbeit von Schulen (u. a. Kleingartenvereine, Umweltvereine oder Gartenkooperativen) und stellen, über Projektförderung, Mittel aus dem Haushalt der Stadt Halle bereit.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung ~~einer Konzeption~~ **eines Maßnahmenplanes** zur Stärkung der Angebote von Schulgärten, sowie Gemeinschaftsgärten in der Stadt Halle. Dieser ~~Konzeption~~ **Maßnahmenplan** wird in Zusammenarbeit mit Akteursvertreter\*innen (Gartennetzwerk) bis Ende 2018 erstellt. Grundlage ~~der Konzeption~~ **des Maßnahmenplanes** soll eine Bestandsaufnahme sein, in der dargestellt wird, wie viele und welche Schulen Schulgärten besitzen und welche Schulen externe Angebote nutzen. Weiter soll dargestellt werden, wie viele und welche Garteninitiativen es gibt, wo sich diese befinden und welche davon potentiell in der Lage sind, Angebote zur Natur- und Umweltbildung zu unterbreiten.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

### **aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.9     Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Organisation des Ordnungsdienstes  
Vorlage: VI/2018/03801**

---

**Abstimmungsergebnis:                     abgesetzt**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine ausführliche Informationsvorlage zu den Dienstzeiten im Ordnungsbereich zu erstellen, insbesondere hinsichtlich des Vorschlages der Verwaltung zur Neuorganisation des Ordnungsdienstes in der Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten am 02.11.2017. In der Vorlage sind Dienstpläne vorzulegen und dazu Stellung zu nehmen, speziell in einer Darstellung von Arbeitsstundenverteilung, Personalbedarf und IST-Situation. Bei der Beschreibung der IST-Situation ist u.a. auf Krankenstände, unbesetzte Stellen und Ausschreibungen einzugehen.

Die Informationsvorlage ist dem Ausschuss für Personalangelegenheiten schriftlich und fristgerecht für die Sitzung am 04.04.2018 vorzulegen.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

24.05.2018

## **A u s z u g**

**aus der Niederschrift der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses vom 23.05.2018:**

**zu 6.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Visualisierung von Bauprojekten  
Vorlage: VI/2018/03897**

---

**Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2019 ein Bauvorhaben, welches von großem öffentlichem Interesse ist, modellhaft in Form einer interaktiven 3D-Visualisierung in Echtzeitumgebung mit freier Navigation zu begleiten. Dies soll in einer frühen Verfahrensphase, im Rahmen einer Bürgerbeteiligung geschehen. Insbesondere der Einsatz von VR-Technologie (Virtual Reality) ist zu prüfen.

F.d.R.

---

Maik Stehle  
Protokollführer